

AHV-Zusatzfinanzierung und Frauenrentenalter 65 gehörten verknüpft, finden bürgerliche Politiker **SEITE 14**

Der Velobeschluss hat an der Urne gute Chancen – es gibt nicht einmal ein Gegenkomitee **SEITE 15**

Cassis zieht die Schraube an

Die Pläne des Aussenministers zur Entwicklungshilfe wecken bei den Parteien unterschiedliche Erwartungen

Aussenpolitiker kritisieren die Schweizer Entwicklungshilfe scharf, weil die Zuständigen sich konsequent weigerten, Migration zum Thema zu machen. Aussenminister Ignazio Cassis will nun durchgreifen.

CHRISTINA NEUHAUS

Kurz nach seinem Amtsantritt verglich der Aussenminister Ignazio Cassis die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) wegen ihrer Grösse mit der Armee. Die Beamten reagierten beleidigt, die Presse berichtete, doch Cassis liess sich nicht beirren. Wenig später kündigte er an, die Aktivitäten in der Deza kritisch zu überprüfen. Im Fokus stehe dabei nicht das Budget, sondern die Ausrichtung: Entwicklungshilfe müsse auch den Interessen der Schweiz dienen. Dieser Satz genügt bereits für den nächsten Sturm im Wasserglas: Hilfsorganisationen wie Alliance Sud und die ihnen politisch zugewandten Orte zeigten sich irritiert. Auslandhilfe habe nicht Eigeninteressen zu dienen, sondern den Armen und Vertriebenen dieser Welt.

Kein einziger Arzt im Deza

Seither ist noch mehr Bewegung in die Sache gekommen. An der Botschafter- und Aussennetzkonferenz, die Anfang dieser Woche in Basel stattfand, hat Cassis seine Reformpläne bekräftigt. Die Anträge des Bundesrats zur Auslandhilfe für die Jahre 2021 bis 2024 dürften nicht mehr einfach mit Ach und Krach durchs Parlament kommen, sagte er. Sie müssten in beiden Kammern eine gute Mehrheit auf sich vereinigen: «Das heisst: Wir müssen die Wünsche des Parlaments antizipieren und nicht mit business as usual weitermachen. Die Botschaft des Bundesrats muss stärker auf die Interessen der Schweiz ausgerichtet werden, unter anderem auch im Bereich Migration.»

Wen er genau meint, wenn er von einer guten Mehrheit spricht, liess Cassis offen. Es ist aber offensichtlich, dass er



Schweizer Entwicklungshilfe soll künftig nicht mehr in Länder wie Sri Lanka (Bild) fliessen, sondern dorthin, wo die grossen Migrationsströme entstehen.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

die von den Bürgerlichen seit langem vorgebrachte Kritik ernst nimmt. Die Deza mit ihrem 650 Vollzeitstellen und ihrem Milliardenbudget ist ihnen schon lange ein Dorn im Auge. Sie gilt als in jahrzehntealten Strukturen festgefahren und zu stark verzahnt mit dem Netzwerk von NGOs, die sie unterstützt.

Toni Stadler, der unter Bundesrätin Micheline Calmy-Rey die Deza-Abteilung Analyse und Politik leitete, schrieb kürzlich in einem vielbeachteten Beitrag in der NZZ, das Engagement für weniger Ungleichheit zwischen Arm und Reich werde heute selbstzufrieden verwaltet. Manche der Deza-Schwerpunktländer in Ostasien, Lateinamerika und in der Karibik seien Relikte aus alten Zei-

ten. Die Schweizer Auslandhilfe würde sich besser auf Regionen konzentrieren, aus denen die meisten Armutsflüchtlinge herkämen, und sich dort an Aufbau- und Stabilisierungsprojekten beteiligen, etwa in Afrika. Und überhaupt brauche es unter den Projektleitern beim Bund ganz andere Personalprofile: In den vergangenen Jahren seien zu viele Geistes- und Sozialwissenschaftler auf Entwicklungsberufe umgestiegen. Heute arbeite in der Deza kaum jemand mit Management-erfahrung und kein einziger Arzt.

In den Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat, wo das Entwicklungshilfeprogramm 2021 bis 2024 in den Grundzügen bereits vorgestellt worden ist, sorgen Cassis' Pläne so-

wohl für Irritation als auch für Hoffnung. Während die linken Parteien skeptisch bis ablehnend reagieren, macht sich in den Reihen der Bürgerlichen verhaltene Aufbruchstimmung bemerkbar. SVP, FDP und CVP kritisieren seit Jahren, dass die sieben strategischen Ziele des Bundesrats für die Entwicklungshilfe so weit gefasst sind, dass sie von Armutsbekämpfung bis zur Pflege einheimischer Kulturen alle möglichen Aufgaben abdecken. Einen Fokus auf wirtschaftliche Interessen oder die innenpolitischen Herausforderungen, welche die Massenmigration nach Europa mit sich bringt, sucht man in der 450-Seiten umfassenden Botschaft allerdings vergebens. **Dafür muss die Deza in ellenlangen Wirkungsberichten rapportieren, ob**

Projekte geschlechtergerecht umgesetzt wurden. Aussenpolitiker wie der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller fordern deshalb schon lange mehr Effizienz. Zudem sei die Entwicklungshilfe stärker mit der Wirtschaftszusammenarbeit zu verknüpfen.

Konsequente Verweigerung

Der fehlende strategische Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen der Flüchtlingskrise ärgerte die CVP dermassen, dass sie das Papier vor zwei Jahren an den Bundesrat zurückweisen wollte. Ihr Antrag fand aber keine Mehrheit, weshalb sich die Partei schliesslich mit einer unwirschen Medienmitteilung begnügte. In den Augen von CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter zielt Cassis mit seiner Neuausrichtung deshalb in die richtige Richtung. Die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats war 2016 massgeblich an der Rückweisung der Botschaft beteiligt. Bei der Entwicklungszusammenarbeit sei bisher vor allem finanzpolitisch argumentiert worden, sagt sie. Dass Cassis keine Verknappung der Mittel, sondern eine Fokussierung auf die Themen Migration und wirtschaftliche Zusammenarbeit angekündigt habe, entspreche genau der Forderung der CVP. Die Migrationswelle aus Afrika sei das Resultat einer einseitigen Entwicklungshilfe-Maschinerie, welche sich konsequent weigere, Migration in ihrem Programm zum Thema zu machen. Schneider-Schneiter will nun entsprechende Anträge in die Kommission einbringen. Soll die Neuausrichtung der Entwicklungshilfe ab 2021 gelingen, müssen die beratenden Kommissionen jetzt damit beginnen.

Skeptischer, aber deutlich weniger kritisch als auch schon tönt es bei der SVP: Er erwarte und hoffe, dass Ignazio Cassis wenigstens in diesem Bereich den Reset-Knopf finde, sagt der SVP-Aussenpolitiker Roland Büchel in Anspielung auf den Neustart, den der Aussenminister in der Europapolitik versprochen hat. Immerhin habe Cassis den Mut aufgebracht, die Defizite in der Flüchtlingshilfe offen anzusprechen.

ANZEIGE

Alain Berset plant Besuch bei Emmanuel Macron

Die Reise des Bundespräsidenten im September nach Paris würde in eine heisse Phase der Europapolitik fallen

TOBIAS GAFAFER

Am Freitag empfängt Aussenminister Ignazio Cassis in Bern seinen französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian zu einem Arbeitsbesuch. Neben bilateralen und europapolitischen Themen soll die internationale Lage im Vordergrund stehen. Nun zeigt sich, dass die Visite wohl nur der Auftakt ist. Schon bald soll es zwischen der Schweiz und Frankreich auch zu einem Treffen auf höchster Ebene kommen. In der ersten Septemberhälfte ist gemäss Diplomatenkreisen ein Besuch von Bundespräsident Alain Berset beim französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in Paris geplant. Ein Sprecher des Innendepartements bestätigt auf Anfrage, man sei wegen eines Treffens im Gespräch. Dieses sei aber noch nicht definitiv.

Treffen auf höchster Stufe zwischen Bern und Paris sind eher selten. Macron kam im Januar zwar ans WEF in Davos, sprach aber nicht mit dem Bundesrat. 2017 stattete Bundespräsidentin Doris Leuthard dem neuen Staatschef im Elysée-Palast einen Antrittsbesuch ab. 2015 wurde François Hollande von der Landesregierung in Bern in corpore zu

einem zweitägigen Staatsbesuch empfangen. Es war erst die vierte Visite eines französischen Präsidenten.

Kritik an Rosinenpickerei

Neben anderen Themen dürfte zwischen Berset und Macron auch die Europapolitik zur Sprache kommen. Das Treffen soll in einer heissen Phase stattfinden. Der Bundesrat entscheidet voraussichtlich Anfang September, wie es weitergeht, nachdem die Gespräche mit den Gewerkschaften über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit geplatzt sind. Er hat innenpolitisch keinen Spielraum für Anpassungen. Damit ist der Abschluss eines Rahmenvertrags mit der EU in weite Ferne gerückt, auch wenn die Schutzmassnahmen nicht die einzige Hürde sind. Die Kommission hätte gerne, dass die Schweiz verschärfte EU-Regeln übernimmt und den eigenständigen Lohnschutz, darunter namentlich die achttägige Voranmeldefrist für ausländische Firmen, auslaufen lässt.

Das gewichtige EU-Mitglied Frankreich vertritt gegenüber der Schweiz insbesondere bei der Personenfreizügigkeit unnachgiebige Positionen. In einem

Interview mit dem Westschweizer Fernsehen RTS sagte Macron im Januar, im Binnenmarkt könne es keine Rosinenpickerei geben. Er wünsche sich eine tiefere europäische Integration der Schweiz. Ein sektorieller Zugang zum Binnenmarkt dürfe nicht auf Kosten der Kohärenz der EU gehen, sagte der Präsident. Von den bilateralen Abkommen profitiert jedoch nicht nur die Schweiz, sondern auch Frankreich. Rund 175 000 Grenzgänger arbeiten hier zu Löhnen, die oft doppelt so hoch wie in ihrer Heimat sind. Das bilaterale Handelsvolumen lag 2017 bei rund 35 Milliarden Franken.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich sind traditionell eng. In den letzten Jahren verbesserten sie sich wieder, nachdem der Streit um das Bankgeheimnis und um das Steuerregime auf dem Flughafen Basel-Mülhausen das Verhältnis belastet hatte. Ende 2017 setzten Bern und Paris im Zwist um den Euro-Airport einen Schlusspunkt. Eine Altlast ist der seit Jahren schwelende Steuerstreit mit der UBS. Die französische Justiz wirft der Grossbank Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Geldwäscherei vor. Diese weist die Vorwürfe zurück und weigert sich, die

verlangte Busse von 1,1 Milliarden Euro zu zahlen. Der Prozess soll im Herbst stattfinden. Eine offene Frage ist zudem der Wechsel bei der Arbeitslosenversicherung von Grenzgängern, den die EU plant. Dieser wäre für die Schweiz teuer und innenpolitisch heikel. Frankreich gehört zu den Verfechtern der Änderung.

Steile Karrieren

Für den Bundespräsidenten dürfte das Treffen auch ein persönlicher Höhepunkt werden. Der Freiburger verhehlt nicht, dass das französische Staatsoberhaupt ihn fasziniert. Berset und Macron ist gemeinsam, dass sie erst 39-jährig waren, als sie zum Bundesrat beziehungsweise zum Präsidenten gewählt wurden. Macrons Aufstieg war kometenhaft. Für Berner Verhältnisse hat auch Berset eine steile Politikkarriere absolviert. Zudem haben beide Politiker kommunikatives Talent und mögen den grossen Auftritt – auch wenn der Bundespräsident im Schweizer System eine bescheidene Rolle spielt. Die Politiker trafen sich 2017 bereits kurz am Rande der Frankfurter Buchmesse, an der Frankreich Ehrengast war.

«Eine selbstbestimmte Zukunft beginnt schon in der Gegenwart.»



Guido Bürgin
Leiter Anlage-
lösungen und
Hypotheken
zum längeren,
selbstbestimmten
Leben

SwissLife